Demokratischer Staat und terroristische Herausforderung

Terroristische Gruppierungen operierten in den 1970er Jahren immer häufiger grenzüberschreitend. Die Innere Sicherheit der einzelnen Nationalstaaten gewann dadurch eine neuartige außenpolitische Dimension. Angesichts dieser Herausforderung, aber auch im Kontext breiter angelegter europäischer Integrationsbemühungen, begannen die Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft gegen Mitte des Jahrzehnts, im Rahmen der sogenannten TREVI-Konferenz zu kooperieren. Die regelmäßigen Treffen begründeten informelle und transgouvernementale Formen der Zusammenarbeit zwischen den „Experten" der jeweiligen Ministerialbürokratien und Sicherheitsbehörden. Diese Funktionsweise sollte Effizienz gewährleisten, schränkte aber die Möglichkeiten demokratischer Kontrolle stark ein. Eva Oberloskamps Studie bietet erstmals eine quellengestützte Untersuchung der frühen TREVI-Konferenz, die als wegweisend für die weitere Entwicklung einer europäischen Innenpolitik gelten kann.